SPD-Fraktion
im Rat der Stadt
Wuppertal

CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal

FDP-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal

Herrn Oberbürgermeister
Uwe Schneidewind

Gemeinsamer Antrag

Datum 22.02.2023

Drucks. Nr. **VO/0017/23**
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
02.03.2023	**Hauptausschuss**
06.03.2023	**Rat der Stadt Wuppertal**

Ergänzungsantrag zu TOP Moschee an der Gathe, Zielbeschluss (VO/1658/23) - Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP vom 22.02.2023 / 1-Neuf.

Sehr geehrte Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von der CDU, der SPD und der FDP beantragen, die Mitglieder des Hauptausschusses und des Rates der Stadt Wuppertal mögen beschließen:

Der Rat der Stadt Wuppertal begrüßt die Initiative der Türkisch-Islamischen Gemeinde zu Wuppertal Elberfeld zur Errichtung eines Kultur- und Sozialzentrums mit einer Moschee an der Gathe zwischen Markomannenstr. und Ludwigstr.

Der Rat der Stadt Wuppertal unterstützt die Islamisch-Türkische Gemeinde, die zur Umsetzung ihrer vorgelegten Pläne größtmögliche Transparenz, Offenheit und Bürgerbeteiligung bei der weiteren Entwicklung und der Umsetzung angekündigt hat.

Dabei kommt es ihm auf die nachstehenden Erwägungen an, die bei der weiteren Entwicklung des Bauvorhabens Berücksichtigung finden sollen:

Städtebauliche Erwartungen:

1. Die vorliegenden Detailpläne auf Grundlage der Machbarkeitsstudie in Verbindung mit den Ergebnissen aus dem freiraumplanerischen Qualifizierungsworkshop sollen nach den Empfehlungen des Gestaltungsbeirates angepasst und in einem zweiten Workshop in der Besetzung aus dem Jahr 2022 und somit unter Beteiligung des Gestaltungsbeirates, und weiteren städtebaulichen Akteuren aber auch unter Beteiligung der Ratsfraktionen weiterentwickelt werden. Die Stadtverwaltung soll in diesem Rahmen durch eine entsprechende Begleitung des Verfahrens sicherstellen, dass das Ergebnis des Verfahrens in der Qualität und den städtebaulichen Ansprüchen dem Niveau eines qualifizierten Wettbewerbsverfahrens entspricht.

   In der weiteren Ausarbeitung der Detailpläne sollte ein Landschaftsplaner zusätzlich hinzugezogen werden, damit die bautechnischen Gegebenheiten in die Gesamtplanung integriert werden.

   Gleichzeitig sollten Überlegungen zur verstärkten Nutzung regenerativer Energien, E-Mobilität und klimafreundlicher Gestaltung z.B. in Form von Gründächern Eingang in die Planung finden („Grüne Moschee“) in die Planungen einbezogen werden.

   Es wird angeregt, dass insbesondere die Verkehrsplanung und Verkehrsströme vorrangig zu berücksichtigen und ausreichende Parkplätze in einer Tiefgarage auszuweisen sind.

   Diese Aspekte sollen im Vorfeld in einem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan (Vorhaben- und Erschließungsplan, VEP) festgelegt und in einem städtebaulichen Vertrag fixiert werden.

Transparenz und Dialog:

2. Der Rat der Stadt Wuppertal erkennt an, dass die Türkisch-Islamische Gemeinde einem intensiven Dialog im Quartier und mit der Verwaltung und Politik stets großes Interesse beigemessen hat und betont, dass die transparente Gestaltung wichtig für die Akzeptanz des Bauvorhabens ist.

Insoweit hält der Rat der Stadt Wuppertal auch die Einrichtung und die Einbeziehung eines konstituierten Beirates während des weiteren Verfahrens für erforderlich und vertrauensbildend. Die Politik erklärt Ihre Bereitschaft, an diesem Beirat mitzuwirken.

Der Rat der Stadt Wuppertal ist sich bewusst, dass der Neubau eines soziokulturellen Zentrums mit einer Moschee, auch wenn es sich nur um die Verlegung einer bereits bestehenden Moschee auf die andere Straßenseite handelt, immer eine Herausforderung für alle Akteure ist, dass es Vorbehalte und Widerstände gibt, die nur durch Dialog und transparente Gestaltung und durch gemeinschaftliche Anstrengungen überwunden werden können. Deswegen ist die Einrichtung eines konstituierten Beirates unerlässlich.

Unter dieser Voraussetzung sieht der Rat der Stadt Wuppertal in dem Neubau des Kultur- und Sozialzentrums mit einer Moschee an der Gathe keine Abgrenzung der dortigen Bewohnerinnen und Bewohner von der Wuppertaler Stadtgesellschaft, sondern einen Beleg für Teilhabe an Gesellschaft.

Öffentliche Zugänglichkeit der Plätze und Gebäude/Gebetsruf:

3. Der Rat der Stadt Wuppertal erwartet, dass die geplante Kindertagesstätte, das Seniorenheim, das Studierendenwohnheim und die gewerblichen Teile des Bauvorhabens ein offener Bestandteil des gesamtstädtischen Lebens werden. Dazu gehört insbesondere die jederzeitige Zugänglichkeit des Platzbereiches für Nichtmitglieder der Gemeinde und die Öffnung der sozialen und gewerblichen Baukörper für alle Bevölkerungsgruppen, um den Eingangsbereich nach Elberfeld für alle Bürgerinnen und Bürger nutzbar zu machen. Dies ist rechtlich abzusichern (z.B. durch öffentliche Widmung, Grunddienstbarkeiten).
4. Im weiteren Verlauf des Verfahrens sollte auch die Frage, ob der Muezzin-Ruf nur im Innen- oder auch im Außenbereich zu hören sein wird, thematisiert und verbindlich geregelt werden.

Verlagerung des Autonomen Zentrums:

5. Der Rat der Stadt Wuppertal verkennt nicht, dass die Verwirklichung der Pläne auf dem ca. 6.000 qm großen Areal die Verlagerung des Autonomen Zentrums zur

Voraussetzung hat, da eine Neugestaltung der Gathe ohne Einbeziehung des Grundstückes des Autonomen Zentrums nicht möglich erscheint. Der Rat der Stadt Wuppertal erwartet insofern, dass die Verwaltung unverzüglich Vorbereitungen für die Verlagerung des AZ trifft und mit den Beteiligten erörtert.

Transparente Finanzierung des Bauvorhabens:

6. Ferner ist der Rat der Stadt Wuppertal der Überzeugung, dass die Planung der obengenannten Nebengebäude auch deswegen zu begrüßen ist, weil sie zur Unabhängigkeit der Finanzierung des Bauvorhabens beiträgt. Der Rat der Stadt Wuppertal äußert die Erwartung, dass eine transparente Finanzierung des Bauvorhabens gewährleistet werden soll, damit ein solches Bauvorhaben nicht unter dem Verdacht steht, von einer fremden Regierung finanziert zu werden.

Umgang mit der DITIB:

7. Der Rat der Stadt Wuppertal ist sich der Tatsache bewusst, dass bei der Organisation der DITIB mit dem satzungsgemäß festgelegten religiösen Beirat stets auch die Möglichkeit besteht, dass die türkische Religionsbehörde Diyanet Einfluss auf die Gemeinde nehmen kann. Der Rat der Stadt Wuppertal äußert aus den bisherigen jahrelangen Erfahrungen mit der Wuppertaler Gemeinde die Überzeugung, dass die theoretisch mögliche Einflussnahme des religiösen Beirates in der praktischen Handhabe und Ausrichtung der Gemeinde keine große, sondern abnehmende Bedeutung hat. Er fühlt sich bestärkt dadurch, dass die Moschee-Gemeinde an der Gathe seit langer Zeit mit der Stadt Wuppertal zusammenarbeitet und die Gemeinde immer eine eindeutige Position auf Seiten der Stadt eingenommen hat und es bei der Abgrenzung zu islamistischen Strömungen weiterhin tut. Die simultane Übersetzung der Predigten in die deutsche Sprache und die Ausbildung der Imame in Deutschland sind Schritte auf dem vom Rat der Stadt Wuppertal für richtig gehaltenen Weg.

Begründung:

Die Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP erwarten, dass von den von der Türkisch-Islamischen Gemeinde vorgelegten Plänen neue Impulse für das ganze Gebiet der Gathe ausgehen und sich neue Perspektiven für einen Teil Wuppertals mit besonderem Erneuerungsbedarf an einer zentralen Einfahrtstraße in die Elberfelder City ergeben. Neben

den stadtplanerischen, architektonischen und wirtschaftlichen Aspekten begrüßen die Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP die integrationspolitischen Wirkungen durch die Umsetzung der Pläne.

Mit freundlichen Grüßen

Ludger Kineke & Caroline Lünenschloss

Fraktionsvorsitzende

Klaus Jürgen Reese

Fraktionsvorsitzender

Alexander Schmidt

Fraktionsvorsitzender